

### **Abschied von der Zivilgesellschaft!**

Wenn man die jüngsten Äußerungen aus dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hört, kann einem um die Jugendfreiwilligendienste angst und bange werden. Nachdem Staatssekretär Hecken bereits im Juni auf der Jahrestagung des Bundesarbeitskreises Freiwilliges Soziales Jahr (BAK FSJ) die Fähigkeit der FSJ-Träger angezweifelt hatte, ebenso wie der Zivildienst junge Menschen aus allen Schichten der Gesellschaft erreichen zu können, forderte Ministerin Schröder in der SZ vom 8./9. August 2010 „eine neue Freiwilligenstruktur anstelle des Zivildienstes, die neben die klassischen Freiwilligendienste tritt.“

Am 23. 8. 2010 dann die offizielle Bestätigung: In einer Pressemitteilung des BMFSFJ heißt es: „Kristina Schröder schlägt bundesweiten freiwilligen Zivildienst vor“.

Im Zusammenhang mit der Aussetzung der Wehrpflicht sollen mit der gleichzeitigen Aussetzung des Zivildienstes „negative Effekte auf die soziale Infrastruktur minimiert werden.“ Der Regierung geht es dabei aber ebenso darum, die Verwaltungsstrukturen des Zivildienstes (Bundesamt für Zivildienst und Zivildienst-Schulen) aufrecht zu erhalten.

(Um für diese beiden Ziele Zustimmung zu bekommen, wird dann auch schon mal mit fragwürdigen Zahlen argumentiert. So beläuft sich der Anteil junger Männer mit Hauptschul-Abschluss im Zivildienst ebenso wie im FSJ auf ca. 14% und nicht, wie Staatssekretär Hecken behauptet hat, auf wesentlich mehr.)

Ebenso waren im vergangenen Jahr nicht mehr ständig 90.000 Zivildienstleistende eingesetzt, wie von der Bundesregierung suggeriert wird, sondern laut Statistik des Bundesamtes für Zivildienst belief sich die Zahl im Juli 2010 auf 39.450. Zum Vergleich: die Zahl der FSJ'ler/innen belief sich im Jahrgang 2008/2009 auf ca. 38.000.

Falls sich die Bundesregierung für das Modell eines freiwilligen Zivildienstes als Alternative zum bisherigen Zivildienst und als scheinbare Ergänzung zum FSJ und FÖJ entscheiden sollte, sind die klassischen Jugendfreiwilligendienste in ihrer Existenz gefährdet. Es steht zu befürchten, dass viele Einsatzstellen aus finanziellen Gründen ein solches Angebot dem FSJ vorziehen würden. Möglicherweise könnte das Gleiche auch für Freiwillige zutreffen, die die Vorzüge eines FSJ gegenüber einem freiwilligen Zivildienst vorab nur schwer beurteilen können.

Sollte eine derartige Entwicklung eintreten, so wäre dies ein weiterer Schritt in Richtung Verstaatlichung der Freiwilligendienste. Trägerprinzip und Subsidiarität wären

ein weiteres Mal in den Hintergrund gedrängt. Und der Unterschied zwischen dem bisherigen Pflichtdienst „Zivildienst“ und einem „Freiwilligen Zivildienst“ wäre zumindest im öffentlichen Bewusstsein auch nicht sehr groß. Wenn sich bei weiter steigendem Druck auf die Pflegesysteme die Versorgungslage noch weiter verschlechtert, wäre vielleicht sogar ein Pflichtdienst nicht mehr auszuschließen.

Außerdem steht zu befürchten, dass die faktische Abschaffung des Subsidiaritätsprinzips in den Jugendfreiwilligendiensten nur der Anfang wäre. Nachdem bereits in den 90er Jahren die rechtlichen Voraussetzungen u.a. im SGB VIII geschaffen worden sind, könnten die Träger der Kinder- und Jugendhilfe ebenfalls bald nur noch als Anbieter auf einem Markt agieren, die sich vom öffentlichen Auftraggeber genau vorschreiben lassen, wie sie was durchzuführen haben. Die Trennung von Durchführungsverantwortung (bisher beim Freien Träger) und Gewährleistungsverantwortung (beim öffentlichen Träger) wäre vollends am Ende.

Die Grundlage für ein Wunsch- und Wahlrecht in der Sozialen Arbeit wäre entfallen, die Befriedigung der Bedarfe würde allein über den Anbietermarkt geregelt. Die gewünschte Qualität der Leistungen wird durch Qualitätsmanagementsysteme gewährleistet, die sich am vorgegebenen Kostenrahmen orientieren. „Kundenbefragungen“ verleihen dem Ganzen dann den Anschein von Legitimation.

Was ist vor diesem Hintergrund von dem jahrelang gebetsmühlenartig wiederholten Bekenntnis der Bundesregierung zur Zivilgesellschaft zu halten? Wo bleibt die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Trägern der Jugendfreiwilligendienste bei der Entscheidungsfindung für diese neue Politik? Oder ist diese Entwicklung gar bereits die Bestätigung der oben dargelegten Befürchtungen?

*Der Beitrag gibt die persönliche Beurteilung des Autors wider. Er stellt weder die Position des Internationalen Bundes dar noch ist dies eine Stellungnahme des BAK FSJ.*

**Hartmut Brombach** ist Referent für Freiwilligendienste beim Internationalen Bund (IB) und Sprecher des BAK FSJ

**Kontakt:** Hartmut.Brombach@internationaler-bund.de